



## Medienmitteilung

Datum: 12. Dezember 2025

---

# Bund plant gezielte Massnahmen für den Einsatz von KI in der Bundesverwaltung und stärkt Koordination

**Der Bundesrat will die Umsetzung der Strategie zum Einsatz von KI-Systemen in der Bundesverwaltung mit ausgewählten Massnahmen vorantreiben und die Koordination stärken. Er hat an seiner Sitzung vom 12. Dezember 2025 den Umsetzungsplan und das Konzept zur Stärkung des Kompetenznetzwerkes für KI (CNAI) zur Kenntnis genommen und eine Änderung der Digitalisierungsverordnung gutgeheissen. Der Umsetzungsplan zeigt den Bedarf im Bereich KI für die Bundesverwaltung. Über die Finanzierung der Massnahmen entscheidet der Bundesrat voraussichtlich im Frühjahr 2026, wenn er auch über die Finanzierung anderer Vorhaben und Aufgaben berät.**

Künstliche Intelligenz (KI) ist wichtig für die digitale Transformation aller Bereiche der Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Forschung wie auch der öffentlichen Verwaltung. KI als Technologie bringt gleichzeitig vielfältige Fragestellungen mit sich in Bezug auf die Zukunft der Arbeit, die Grundrechte, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit sowie die Sicherheit. Die Bundesverwaltung hält sich an [die Grundsätze der Strategie](#) zum Einsatz von KI-Systemen (KI-Strategie), die im März dieses Jahres publiziert wurde: Die Bundesverwaltung soll KI vertrauenswürdig einsetzen, Kompetenzen zu KI aufbauen und mit KI Prozesse optimieren.

Bei der Bundesverwaltung kommen KI-Systeme punktuell bereits zum Einsatz, zum Beispiel zur Vorhersage des nationalen Stromverbrauchs oder bei der Analyse der Warendeklaration beim Zoll. Der Bundesrat möchte das Potential von KI für die Bundesverwaltung nutzen. Er hat die dafür notwendigen Grundlagenarbeiten, namentlich den Umsetzungsplan zur KI-Strategie, zur Kenntnis genommen. Der Umsetzungsplan enthält die Massnahmen, die nötig sind, um die KI-Strategie in der Praxis umzusetzen. Der Bundesrat hat aber noch keinen Entscheid zur Finanzierung

getroffen. Der Bundesrat wird den Finanzierungsbedarf voraussichtlich im Frühjahr 2026 – gemeinsam mit anderen Vorhaben und Aufgaben – abwägen und priorisieren. Zu den im Umsetzungsplan erfassten Massnahmen gehören unter anderem:

- Bundesweite Erfassung des Potenzials von KI, um Prozesse zu optimieren
- Bereitstellung eines bundesinternen generativen KI-Systems für die Mitarbeitenden
- Aufbau eines internen KI-Marktplatzes für die Ämter (damit erhalten Ämter direkten Zugang zu wiederverwendbaren Bausteinen von KI-Systemen, beispielsweise Chatbots)
- Erarbeitung eines Handbuchs für den Einsatz von KI-Systemen für die Mitarbeitenden und Grundlagendokumente zum rechtlichen Rahmen

Eine weitere wichtige Massnahme des Umsetzungsplans ist die bundesweite Koordination. Der Bundesrat möchte diese stärken und hat ein entsprechendes Konzept zur Kenntnis genommen: Die Bundesverwaltung soll ihre Aktivitäten im Bereich KI stärker gemeinsam strategisch und koordiniert umsetzen. Dazu ist an einzelnen Stellen zusätzliches Personal nötig, damit die Ämter KI-Lösungen rascher, effizienter und mit gemeinsamen Grundlagen aufbauen können.

### **Anlaufstelle wechselt vom Bundesamt für Statistik zur Bundeskanzlei**

Für eine stärkere bundesweite Koordination wird die Anlaufstelle des Kompetenznetzwerks für künstliche Intelligenz CNAI vom Bundesamt für Statistik (BFS) per 1. Februar 2026 zur Bundeskanzlei wechseln. Dazu hat der Bundesrat die Digitalisierungsverordnung angepasst. Das BFS hat in den vergangenen vier Jahren essenzielle Arbeit beim Aufbau und dem Betrieb des CNAI geleistet und so den vielfältigen Aktivitäten im Bereich der KI früh zu Visibilität beim Bund verholfen. Die Verschiebung der Zuständigkeit vom BFS zur Bundeskanzlei bringt Synergien: Die Bundeskanzlei ist auch für die KI-Strategie der Bundesverwaltung verantwortlich und unterstützt und koordiniert die digitale Transformation der Bundesverwaltung bereits in sämtlichen anderen Bereichen.

### **Entscheid über Ressourcen im Frühjahr 2026**

Die Umsetzung der KI-Strategie und die Stärkung der Koordination sind Investitionen: Mehrausgaben an einigen Stellen kommen der gesamten Bundesverwaltung zugute. Wie viel des Bedarfs finanziert wird, ist noch nicht entschieden. Über die entsprechenden Anträge wird der Bundesrat wie erwähnt voraussichtlich im Frühjahr 2026 entscheiden. Die Finanzierung wird massgeblichen Einfluss darauf haben, wie schnell und umfassend die geplanten Massnahmen umgesetzt werden können.

## **Links:**

- Link zur Webseite KI der BK mit Umsetzungsplan und Konzept zur Weiterentwicklung von KI-Systemen in der Bundesverwaltung  
[Künstliche Intelligenz](#)
- Link CNAI  
[Startseite - CNAI - Kompetenznetzwerk für künstliche Intelligenz](#)
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 21. März 2025:  
[news.admin.ch/de/nsb?id=104596](https://www.admin.ch/de/nsb?id=104596)
- [Änderung Digitalisierungsverordnung \(PDF\)](#)

## **Kontakt/Rückfragen:**

Florian Imbach  
Sektion Kommunikation  
Tel. 058 465 47 40  
florian.imbach@bk.admin.ch

Bertrand Loison  
Vizedirektor Bundesamt für Statistik  
Abteilung Datenwissenschaft, KI und statistische Methoden  
Tel.: 058 463 67 70  
bertrand.loison@bfs.admin.ch

## **Verantwortliche Departemente:**

Bundeskanzlei BK und eidgenössisches Departement des Innern EDI